

# Bekleidungs-gewerkschaft

GESCHÄFTSSTELLE VENLOER WALL 9  
FERNSPRECHER NUMMER 572 59

Erscheint alle 14 Tage Samstags u. kostet durch die Post  
0.50 RM für das Vierteljahr - Anzeigenpr. für die sechs-  
gesp. Colonellzeile 20 Pf. Stellengesuche u. -Angebote  
kosten die Hälfte - Geldsend. - Postscheckk. 3596 Köln

Organ des Verbandes christl. Arbeitnehmer  
des Bekleidungs-gewerbes und der Gruppen der  
Hutarbeiter, der Friseure und Friseurinnen

Nummer 13/14

Köln, den 9. Juli 1932

29. Jahrgang

## Endkampf um die Staatsführung

Überbrach Bundeschäftsführer Jakob  
Kaiser in einer glänzend besuchten Versammlung  
des Bezirksrates der christlichen Gewerkschaften  
Köln am 10. Juni. Die Versammlung war befeuert  
von echtem Kampfesmut für die Rechte der Arbeit-  
erschaft, gegen soziale und politische Reaktion. Nach-  
folgend ein kurzer Auszug aus dem mit Begeisterung  
aufgenommenen Referat.

Daß die christliche Arbeiterschaft eine geschlossene Front  
gegen den Nationalsozialismus bildete, geschah aus der  
richtigen Erkenntnis heraus, daß die Nationalsozialisti-  
sche Bewegung mehr sei, als der etwas ungesüßte Aus-  
bruch des „Ausbruchs der Nation“. Wir sahen, daß sich  
hinter dem stürmischen Haufen des Nationalsozialismus  
die Reaktion vorkochte.

Der Kampf um die Wahl des Reichspräsidenten Hin-  
denburg fand die reife, staatspolitisch geschulte und den-  
kende Arbeiterschaft mit staatspolitisch gleichgesinnten  
Bürgern und Bauern in einer Front. Die Art des  
Sturzes der Regierung Brüning ist daher für uns eine  
große Enttäuschung, unser Vertrauen zum Volksmann  
Hindenburg schwer getroffen. Schuld an den Vorgängen  
sind die Hintermänner jenes feudalen Herrenklubs in  
Berlin, von denen die neue Regierung im wesentlichen  
vorbereitet und gebildet wurde. Das Urteil über Hin-  
denburgs Rolle in diesem Geschehen überlassen wir der  
Geschichte. Wir werten die Hindenburgwahl immer noch  
als das, was sie war und ist: die Sammlung des Volkes,  
des werttätigen Volkes vor allem zu einem national-  
en Staatswillen.

Unser Kampf ist in ein neues und wohl in das ent-  
scheidende Stadium getreten. Die politische und soziale  
Reaktion hat den Nationalsozialismus großgezogen, sie  
hat ihn gefördert und gestützt. Man hat ihm die Mittel,  
die man der Arbeiterschaft vom Lohn abgehalten, zu  
einer überwältigenden Propaganda gegen das System,  
d. h. gegen den Staat, in dem auch die Arbeiterschaft ihr  
Recht gefunden hat, gegeben. Nachdem das deutsche Volk  
bis zur Selbstherrlichkeit aufgewacht ist, tritt die  
Reaktion offen hervor. Der Kampf der Regierung Schleicher-  
Papen und der ihr sympatisch gegenüberstehenden  
Gruppen, einschließl. der Nationalsozialisten, gilt nicht  
zuletzt der in den Gewerkschaften zusammengeschlossenen  
Arbeiterschaft.

Die künftigen Auseinandersetzungen mit den arbeiter-  
feindlichen Mächten können nicht von den Parteien  
allein, sondern müssen auch von den Gewerkschaften ge-  
führt werden. Das Schicksal der Arbeiterschaft wird bis  
auf weiteres weithin politisch entschieden. Wir müssen  
staatspolitisch den Kampf um das Schicksal der Arbeit-  
erschaft führen. Die „Reaktion“ auf den Freiheitskampf der  
Arbeiterschaft ist da. Das Arbeitervolk soll in der je-  
higen Notzeit noch einmal um alles gebracht werden, was  
es in jahrzehntelangem Kampf erreicht hat.

Wir als christliche Arbeiter sprechen Angehörigen an-  
derer Volksschichten nicht grundsätzl. die soziale Ge-  
fährdung ab. Wenn sich aber Adel, Großgrundbesitzer und  
Industrie oder die Männer ihres engsten Vertrauens in  
diese Exklusivität und Häufung in einem Kabinett zu-  
sammenfinden, macht das allein schon den sozialsten Ar-  
beiter feindlich. Für die Arbeiterschaft ist vor allem gegen-  
über der neuen Regierung die Haltung entscheidend, die  
Herr von Papen vor seiner Kandidatur eingenommen  
hat. Es sei nur daran erinnert, daß von Papen in einem  
Vortrag kürzlich in Weisbaden u. a. Aufhebung der  
Tarifverträge und ein neues Verfassungsverhältnis und Knapp-  
schaffswesen gefordert hat. Aber auch die Regierungs-  
erklärung zeigt, daß die Regierungsrichtung gegen den  
sozialen Volksstaat geht.

Die Front der Regierung wird gestützt durch die  
Nationalsozialistische Deutsche „Arbeiter“partei. Die brutale  
Demagogie gegen alles Nichtnationalsozialistische in  
den Volkssammlungen und Blättern dieser Partei  
ist verstümmt vor dieser eindeutig sozialreaktionären  
Regierung. Die Regierung wird sogar vor den An-  
griffen des werttätigen Volkes in Schutz genommen.  
Die wieder und wieder hinausgeschobene „nationale Er-  
neuerung“ soll geschehen im Geiste der sozialen Reaktion.  
Die Herrschenden des alten Deutschlands schaffen keine  
„nationale Erneuerung“. Die nationale Erneuerung ge-

schicht durch das im Volksstaat geinnte deutsche Volk.  
Sie geschieht mit der deutschen Arbeiterschaft. Oder sie  
wird nie Wahrheit.

Es wird sich in nächster Zeit entscheiden, ob der Faszi-  
smus kommt, der die Entrechtung der Arbeiterschaft und  
des Volkes überhaupt im Gefolge hat. Der Faszismus  
wird den Volkswidern im Gefolge haben. In dem  
kommenden Wahlkampf ist es unsere Aufgabe, solchen  
Parteien zum Siege zu verhelfen, die die wahre Volks-  
gemeinschaft erstreben. Das Verhalten der christlichen  
Arbeiterschaft im politischen Kampf muß so sein, daß  
Bürger und Bauern erkennen, es geht der Arbeit-  
erschaft nicht um klassenmäßige Bekämpfung anderer  
Schichten, wie sie es irtümlicherweise oft meinen. Es  
muß zutage treten, daß es uns um Mitarbeit, Mitver-  
antwortung in Staat und Wirtschaft geht, um den men-  
schenwürdigen Lebensraum, der uns diese Mitverant-  
wortung, diese Mitarbeit möglich macht.

Wir sind und bleiben eine nationale Arbeiterbewe-  
gung. Unsere Willensrichtung geht auf einen nationalen

Volksstaat. Stärker denn je gehört unsere Sorge dem  
nationalen Rückgrat des deutschen Volkes. Der Kampf,  
den wir um den sozialen Volksstaat führen, wird von  
tieftem nationalen Volkswillen getragen sein. Wir müs-  
sen es den Herrschenden der Reaktion, wo immer sie  
stehen, endlich abgewöhnen, den Sinn des Nationalen  
durch Klassenherrschaft herabzusetzen. National kann sich  
nur nennen, wer die Gemeinschaft des ganzen Volkes  
bejaht, wer jeder Schicht das Recht auf Existenzmöglich-  
keit einräumt. Wer das nicht tut, ist nicht national. Er  
ist Klassenkämpfer. Der Klassenkämpfer des Besitzes ist  
schlimmer als der Klassenkämpfer aus Armut.

Die neue Regierung möge sich auch hüten, ihre Ar-  
beiterfeindlichkeit mit einem christlichen Mantel zu um-  
hüllen. Christlich ist nur soziale Gerechtigkeit, nicht aber  
Klassenherrschaft des Besitzenden. Das deutsche Volk kann  
lediglich nur bestehen aus der Grundkraft christlichen  
Weltanschauung, nationaler Sammlung und sozialer Ge-  
rechtigkeit. Alle drei sind bedroht durch die eingeleitete  
Klassenherrschaft. Unsere Aufgabe ist es, diese Klassen-  
herrschaft zu hindern. Der härtesten Konzentration und  
Enthaltung unserer geistigen und körperlichen Kraft muß  
das gelingen. Unser Denken gehört der Kraft und der  
Einheit des deutschen Volkes.

## Für Freiheit und Gerechtigkeit

Ein Aufruf des Vorstandes des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften

An die christliche Arbeiterschaft!

Acht Wochen sind seit der Wahl des Reichsprä-  
sidenten vergangen. Acht Wochen seit dem Tage, an  
dem das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterschaft in  
einer starken nationalen Begeisterung und in einer  
ebenso starken nationalen Opferbereitschaft sich um  
Hindenburg sammelte. Unter seiner Führung sollten  
die Grundlagen eines freien deutschen Volksstaates  
erhalten und ausgebaut werden.

Im Kampf um die innen- und außenpolitische  
Freiheit des Staates hatte sich Hindenburg für das  
Volk und den deutschen Volksstaat entschieden. Seine  
Wahl bedeutete die Sammlung aller wahrhaft nation-  
alen und staatsverhaltenden Kräfte. Sie war ein  
hoffnungsvoller Auftakt für den Kampf, den der  
junge nationale und soziale Volksstaat nach innen  
und außen noch zu bestehen hat.

Die deutsche Arbeiterschaft hat trotz aller Opfer, die  
Wirtschafts- und Staatskrise ihr auferlegte, ihre  
beste Kraft in diesem Kampf eingelegt. Ihre Hoff-  
nung galt der Zukunft des Vaterlandes, die nicht zu-  
legt in der nationalen Kraft der Arbeiterschaft wurzelt.

Sie galt der Hoffnung einer freien  
deutschen Arbeiterschaft in einem  
freien deutschen Volksstaat.

Die Wiederwahl Hindenburgs hatte den feilschen  
Boden bereitet für die Sammlung aller nationalen  
Volkskräfte. Der Weg zu dieser Sammlung ist von  
unverantwortlichen Kräften jäh abgebrochen. Die na-  
tionale Arbeiterschaft erlebte eine schmerzliche  
Enttäuschung.

Was die arbeiterfeindlichen Mächte in offener  
Wahlschicht nicht erreicht haben, ist ihnen nunmehr  
durch schrittweises Untergraben der sachlichen und  
persönlichen Grundlagen der Regierung Brüning  
gelingen. Ein Weg hoffnungsvoller Volks- und  
Staatsentwicklung ist abgebrochen worden.

Der Weg zu einem neuen „System“ ist beschränkt.  
Es ist der Weg zur Wiederentrichtung der deutschen  
Arbeiterschaft.

Der Sturz der Volksregierung Brüning und der  
vorbereitete Aufmarsch des Kabinetts Schleicher-  
Papen ist der Versuch der Vereitigung  
aller Anstrengungen zum sozialen Volksstaat.  
Die christliche Arbeiterschaft hat ihren sozialen  
Kampf immer aus einem tiefen nationalen Verant-  
wortungsbewußtsein gegenüber Staat und Gesamt-  
volk geführt. Sie hat Schweres und Schwerstes für  
Staat und Volk auf sich genommen, um den Weg  
aus der Krise zu verkürzen und den Freiheitskampf  
der Nation zu erleichtern.

Sie empfindet es als Hohn auf ihren nation-  
alen Willen und ihre nationale Tat,  
daß nach der wahrhaft nationalen Volksregierung  
Brüning eine Regierung der sogenannten „nationa-  
len Konzentration“ auftritt, die sich aus Vertretern  
von Gruppen zusammensetzt, deren offensichtliche Ziel  
auf Zurückwerfung der Arbeiterschaft geht.  
Sie steht darin einen verwerflichen Mißbrauch des  
Nationalen, dem sie schärfste Abwehr entgegensetzt.

Für die christliche Arbeiterschaft gibt es nur eine na-  
tionale Volkskonzentration, die aus dem gleichen  
Recht, der gleichen Pflicht und der gleichen Freiheit  
aller Soldaten und Sünden erwächst.

Was die neue Regierung eingeleitet hat, kann nur  
als eine „nationale“ Klassenkonzentra-  
tion angesehen werden. An „nationaler“ Klassen-  
herrschaft ist das alte Deutschland zusammengebro-  
chen. Das neue Deutschland wird durch sie nicht ge-  
rettet werden.

Die Arbeiterfeindlichkeit der Regierung  
Schleicher-Papen tritt in ihrer Regierungserklärung  
klar und eindeutig zutage. Ihre sozialpolitische Hal-  
tung geht von der Schlagwortpolitik reaktionärer  
Kreise aus. Den sozialpolitischen Verpflichtungen, die  
Staat und Nation in der Not der Krise übernehmen  
müßten, wird Schwächung der moralischen Kräfte der  
Nation und eine Steigerung der Arbeitslosigkeit vor-  
geworfen.

Diese Haltung wird für sie der Auftakt zum Ab-  
bau der Arbeitslosen- und Sozialversicherung, dem  
Tarif- und Schlichtungswesens, sowie des sozialen  
Schutzes überhaupt.

Nicht zuletzt um ihres Widerstandes willen gegen  
diesen Abbau ist die Regierung Brüning-Siegerwald  
gestürzt worden. Von der Regierung Schleicher-Papen  
erwartet ihn die soziale Reaktion.

Der Weg der deutschen Arbeiterschaft durch die  
Staats- und Wirtschaftskrise war der schwerste, den  
je eine Arbeiterschaft gegangen. Sie ist diesen Weg  
mit bewunderungswürdiger moralischer Kraft, mit  
staatspolitischer Disziplin, mit ungeschwächtem Willen  
zur Selbsthilfe gegangen.

Die neue Regierung hat für die staatspolitische  
Haltung der Arbeiterschaft kein Verständnis. Sie  
stellt sich mit den Arbeiterfeinden in eine  
Linie.

Damit steht die Arbeiterschaft vor einem neuen  
Kampf.

Ihre Feinde drohen sich unter dem Schutze der  
Regierung zu sammeln. Der Deckmantel der nation-  
alen Konzentration und der Rettung christlicher Kul-

tur soll die Arbeiterfeindschaft verhüllen. Der Kampf der christlich-nationalen Arbeiterkräfte für christliche und nationale Freiheit ist so alt wie die christliche Arbeiterbewegung selbst.

Die christliche Arbeiterkraft sammelt sich für die kommende Auseinandersetzung im deutschen Volk noch geschlossener um die Idee der Staats- und Volksgemeinschaft, wie sie vor allem auch 1920 auf dem Essener Kongress der christlichen Gewerkschaften verstanden wurde.

Sie sammelt sich

- zum Kampf für christliche Kultur
- zum Kampf für nationale Freiheit
- zum Kampf für soziale Gerechtigkeit
- zum Kampf gegen alle Feinde dieser wahrhaft deutschen Volks- und Staatsliebe.

Berlin, den 7. Juni 1932.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

## Neue Opfer - neue Aufgaben

Unter diesem Titel nimmt das letzte Nachrichtenblatt des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur politischen Lage Stellung. Es schreibt u. a., daß der Regierungswahl eine notwendige Umschwung der Lage gebracht habe. Die Regierung Brüning-Siegenermaier hätte angekündigt, daß sie geneigt sei, eine weitere Bekämpfung vorzunehmen. Sie hätte aber auch gleichzeitig Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung in bedeutendem Umfang in Aussicht genommen. Der Stütz der Regierung hat ihre Absichten vereitelt. Die neue Regierung, die zunächst in Aussicht gestellt hat, ohne Neubekämpfung durchzutommen, hat nicht nur die Bekämpfung durchgeführt, die die alte Regierung geplant hatte, sondern sie ist bei dieser Durchführung weit über die früheren Pläne hinausgegangen. Die Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung stellen sich zum erheblichen Teil nicht als Maßnahmen zur Hilfe, sondern zur Vernichtung dar.

Auch die vom Kabinett Brüning vorgelegene Notverordnung hätte neue Opfer von den Arbeitnehmern verlangt. Aber sie war nicht in dieser Härte vorgezogen, und es wären auch von den anderen Opfern verlangt worden. Daraus kommt, daß das Kabinett Brüning sich vom Parlament die Ermächtigung zur Ausfertigung einer Prämieneinleihe geben ließ, deren Betrag zur Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms dienen sollte. Diese Arbeitsbeschaffungspläne, vor allem das groß angelegte Werk der ländlichen Siedlung im Osten, sind abgewürgt worden. Diese Pläne sind der neuen Regierung jümbler. Sie passen nicht in die Interessen der Großgrundbesitzer. Die Regierung ließ sie fallen. Die neue Notverordnung vom 14. Juni läßt jeden positiven Gedanken vernichten und bleibt ohne jeden Hoffnungscharakter auf Besserung, denn die Kürzung der Unterhaltungen und Renten bedingt eine weitere Schwächung der Wirtschaft.

Die Stellung des DGB. zur jeweiligen Regierung kann nicht nach den üblichen parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgen. Unser Bund kann sich in dieser Frage von keiner Partei beeinflussen lassen. So ist es völlig gleichgültig, ob etwa das Zentrum im Kabinett vertreten ist oder ob die Nationalsozialisten das Kabinett beherrschen. Die Hauptfrage für den DGB. ist, daß eine Politik getrieben wird, die den Arbeitnehmersinteressen gerecht wird. Die gegenwärtige Regierung ist weiterhin nicht geneigt, eine derartige Politik zu treiben. Der Vorstand der christlichen Gewerkschaften hat sich deshalb in seinem Aufruf gegen diese Regierung ausgesprochen. Er sagt u. a.:

## An den Weggenossen

Bist du treu in deinen Stücken,  
sängt die Last des Tages an,  
laß dich an die Wand nicht drücken,  
mein geliebter Arbeitsmann.

Ob genug - ich hab's erfahren -  
bist du das gegütliche Bild.  
Ist man doch sich längst im Klaren,  
wer als Vogelstreiter gilt.

Und, ob auch es ordnungswidrig,  
Stoß erhält du bald und Schuß.  
Wo die Hecke schmal und niedrig,  
nimmt sie fed der Lausbub.

Seh getrost dich dann zur Wehre,  
drückt zu arg dich Korb und Pack,  
denn wo andre Recht und Ehre,  
spiele nicht den Dämelpack.

Ludwig Kesting.

## Frau und Hakenkreuz

Den weiblichen Anhängern und Verehrern des Hakenkreuzes ist Heil widerfahren. Ihre „Kammen“ kolieren wieder in kriegerischer Schmad über die Promenaden. Das läßt das Herz der mit den jungen Herren in Uniform den Hakenkreuzlerinnen liebengulenden Damen höher schlagen. Daß viele dieser „Kammensprecher“ eben erst am Knabenalter entwichen sind und man sie sehr oft an den bekannten weißen Wägelchen sehen sieht, wo sie beherzt ihres Eis lutschen, tut nichts zur Sache. Um so mehr sind diese Knaben.

Daß sie viele der mit den Hakenkreuzlerinnen sympathisierenden Frauen und Mädchen schon mal Gebanten darüber gemacht haben, welche Rolle ihnen der Nationalsozialismus im Leben. Dritten Reich zuweisen will? - Ob sie es wissen, daß das U und O des Nationalsozialismus die Aufzucht der Deutschen ist, daß man die Frau zum Zuchtler herabwürdigen will? - Wir

„Was die neue Regierung eingeleitet hat, kann nur als eine nationale Klassenkonzentration angesehen werden. An nationaler Klassenkonzentration ist das alte Deutschland zusammengebrochen, das neue Deutschland wird durch sie nicht gerettet werden. Die Arbeiterfeindschaft der Regierung Schleicher-Papen tritt in ihrer Regierungserklärung klar und eindeutig zutage.“

Sie ist inzwischen durch die neue Notverordnung noch deutlicher zum Vorschein gekommen. So hat sie auch die zweite Säule des DGB., den Gesamtverband der deutschen Angestellten-Gewerkschaften (Gedag), zum Protest gezwungen. In einer öffentlichen Erklärung der Gedag-Führer an die Adresse der Regierung wird gesagt: „Wir protestieren nachdrücklich gegen die ungerechte Lastenverteilung der neuen Notverordnung.“ Und die dritte Säule unseres Bundes, die Verkehrs- und Staatsbediensteten, sagen in einer Entschuldigend:

„Vorstand und Ausschluß des Gesamtverbandes Deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter protestieren gegen die neuen unsozialen Befestigungen durch die Notverordnung vom 15. Juni 1932. Die Arbeitnehmer werden mit dieser Notverordnung durch neue Abgaben bzw. Abbaumaßnahmen weit schärfer belastet als Schichten in besseren wirtschaftlichen, sozialen Verhältnissen.“

So ist die Situation klar. Unsere Opposition gegen die neue Regierung darf allerdings nicht blind sein. Sie muß sich und besonnen bleiben. Jeder Schritt muß wohl abgemessen werden. Wir dürfen keine Opposition „auf jeden Fall“ treiben. Wenn wir aber in Opposition treten, muß sie auch wirksam sein. Deshalb gibt es alle Kräfte zu rufen, damit auch der gewerkschaftliche Einfluß voll eingesetzt werden kann.

Soweit die Verlautbarung des DGB., der Spitzenorganisation der christlichen Arbeiterbewegung. Sie ist maßvoll, dabei doch eindeutig und klar. Da wir gegenwärtig mitten im Wahlkampf stehen, in einem Wahlkampf, in dem vornehmlich um die wohlverordneten Rechte der Arbeitnehmer geht, sind wir verpflichtet, die Haltung der Mitarbeiter im Verbande herauszugeben. Es ist dies in unserem Mitteilungsblatt vom 23. Juni geschehen. Unsere Haltung, die wir im Interesse unserer Mitglieder einnehmen müssen, sei auch an dieser Stelle kurz angedeutet:

1. Unser Verband wird auch in diesem Wahlkampf seine Neutralität gegenüber allen parteipolitischen Auseinandersetzungen wahren. Er bleibt eine wirtschaftliche und soziale Organisation. Für parteipolitische Auseinandersetzungen ist bei uns kein Raum.

2. Unsere Aufgabe, die sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Belange unserer Mitglieder zu vertreten, erfordert, daß wir gegen alle reaktionären Bestrebungen, die darauf abzielen, die Arbeitnehmerschaft zu lähmen, uns mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr setzen. Das wird bedeuten, von welcher Seite solche reaktionären Bestrebungen auch kommen mögen, auch gegenüber politischen Parteien, welche die Grundrechte der Arbeitnehmerschaft mißachten.

3. Wir wollen den sozialen und demokratischen Volksstaat, in dem die Arbeitnehmerschaft mit den übrigen Volksgenossen gleichberechtigt ist. Wer der Arbeitnehmerschaft diese Gleichberechtigung absperrt, kann nur auf ihr Gegner behandelt werden.

4. Parteien und ihre Abgeordnete sind in einem Volksstaate die politische Vertretung der Staatsbürger und Stände. Wir können als Mitglieder einer sozialen Organisation nicht Parteien und Kandidaten zur Volksvertretung unterstützen, die gegen die sozialen Bedürfnisse der Arbeitnehmerschaft, gegen Organisationsfreiheit, Tarif-

und Schlichtungsstellen, gegen modernes Arbeitsrecht (Mitberatung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer), gegen die Sozialversicherung sind.

5. Wir sind aber auch eine christliche Bewegung. Deshalb können unsere Mitglieder auch nicht eintreten für Parteien, welche die christliche Weltanschauung offen oder verdeckt bekämpfen oder nur dann sich zu christlichen Grundbegriffen bekennen, wenn sie es zum Zwecke des Stimmenjanges für notwendig halten.

6. Wir lehnen Rohheiten und Gewalttätigkeiten jederzeit - auch im schärfsten Wahlkampf - ab. Politische und soziale Gegensätzlichkeiten können und dürfen nicht mit Faustrecht entschieden werden. Wer anders handelt, findet auch in diesem Wahlkampf unsere Gegenwehr.

7. Unsere Mitglieder mögen mit aller Wärme und aller Kraft dafür arbeiten, daß möglichst viele christliche und sozialdenkende und -handelnde Abgeordnete im kommenden Reichsparlament die sozialen Einrichtungen verteidigen und zur Verbesserung des Arbeitnehmerlosen eintreten können.

## Gewerkschaftsunterstützungen und Hilfsbedürftigkeitsprüfung

Seit Erlass der Notverordnung der Regierung von Papen und von Schleicher wurden Befürchtungen laut, daß bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit in der Arbeitslosenversicherung - eine solche findet bekanntlich auf Grund der Notverordnung nach einem sechsmonatlichen Bezuge der Arbeitslosenunterstützung statt - gewerkschaftliche Unterstützung anzurechnen werden könnte. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände aller Richtungen haben sich in Abwehr eines solchen Planes mit folgender Eingabe an den Reichsarbeitsminister gewandt:

Bei Fortsetzung über den Begriff der Hilfsbedürftigkeit im Vorhand der Reichsanwalt wurde die Frage aufgeworfen, ob in Zukunft die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung so wie bisher ohne Einfluß auf die gegläubte Leistung ist. Bei der Besprechung der Frage wurde festgestellt, daß die Praxis seit der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit zwar verfallen sei, überwiegend jedoch (in Preußen z. B. allgemein) jede Einnahme angerechnet wird, also auch die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung zu einer Kürzung der gesetzlichen Arbeitslosenunterstützung führen würde.

Wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, daß die Gewerkschaften nicht gewillt sind, zu den unethischen Kürzungen, die bei Arbeitslosen bereits durch die letzte Notverordnung zugemutet werden, nach dem Verlust der gewerkschaftlichen Unterstützung zu tragen. Die Gewerkschaften sind auch nicht gewillt, die Kosten zu übernehmen, die durch Beiträge erworbenen Ansprüche zu übernehmen, sondern würden gerne sein, ihre bisherigen Leistungen einzustellen, wenn die Anrechnung erfolgt.

Es sei auch noch besonders darauf hingewiesen, daß es sich bei den von den Gewerkschaften geäußerten Unterstützungen um freiwillige Leistungen handelt, auf die ein eigener Rechtsanspruch der Mitglieder nicht besteht. Um die weitgehende Barmannschaft, die bereits eingetreten ist, zu beilegen, bitten wir, uns baldigst davon in Kenntnis setzen zu wollen, ob der Herr Reichsarbeitsminister gewillt ist, die Nichtanrechnung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung auszusprechen.“

Inzwischen hat der Reichsarbeitsminister einen Erlass herausgegeben, in dem er darauf hinweist, daß seine Bedenken bestehen, Gewerkschaftsunterstützungen in der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenunterstützung bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit außer Anlaß zu lassen. Aus genügt das nicht. Wir müssen verlangen, daß in den kommenden Ausführungs- oder Verordnungen über die Hilfsbedürftigkeitsprüfung - gegen Letztere werden wir uns nach wie vor aus grundsätzlichen Erwägungen - klar zum Ausdruck gebracht wird, daß Unterstützungen, die auf Grund eigen-

zweifeln daran. Nur in der vollkommenen Kenntnis des nationalsozialistischen Programms und der nationalsozialistischen Literatur ist der Grund dafür zu suchen, daß so viele Frauen ihre Entzuchtung öffentlich bekräftigen.

Untersuchen wir doch einmal, welche Stellung Herr Hitler und andere „Führer“ der NSDAP. der Frau im Dritten Reich einzuräumen gedenken.

Am gleich bei der Erziehung des Mädchens anzufragen: „Analog der Erziehung des Knaben kann der weibliche Staat auch die Erziehung des Mädchens von den gleichen Gesichtspunkten aus leiten. Auch dort ist das Hauptgewicht vor allem auf die körperliche Ausbildung zu legen, erst dann auf die Förderung der seelischen und zuletzt der geistigen Werte. Das Ziel der weiblichen Erziehung hat unerschütterlich die kommende Mutter zu sein.“ So Herr Hitler in seinem Buch: Mein Kampf. Daß für die Erziehung eines Kindes auch einige Voraussetzungen gegeben sein müssen; daß zum Beispiel einmuttererziehen auch ein selbstbezogener Mensch und -Verstand gehört, darüber geht Herr Hitler großzügig hinweg. Ober, - will man tatsächlich nur leerenlose Puppen erziehen, die recht laut und begeistert „Heil“ brüllen können? Ist das die gepriesele Rühmehre zur Kultur?

Wie sah Herr Rosenberg, der „Kasselerischer“, die Bewirtlichung dieser Träume vorstell, erhellt aus den nachfolgenden Sätzen: „Gewiß ist die Einsehe zu schätzen; aber schon Professor Wirth-Knaben hat mit Recht darauf hingewiesen, daß ohne Heilweiberei nie der germanische Völkertrom früherer Jahrhunderte entstanden wäre, womit so viel gesagt ist, daß alle Voraussetzungen für die Kultur des Abendlandes gefehlt hätten. Heute ist ein tiefer Frauenüberschuß vorhanden. Sollen diese Frauenmengen, mittlerweile als alte Jungferen bedäufelt, ihres Lebensrechtes beraubt durchs Dasein gehen? Soll eine heuchlerische geschlechtsbefähigte Gesellschaft über diese Frauen verächtlich aburteilen dürfen? Ein kommendes Reich wird beide Fragen verneinen. Ein deutsches Reich der Zukunft wird gerade die kinderlose Frau - gleich, ob verheiratet oder nicht - als ein nicht vollwertiges Glied der Volksgemeinschaft betrachten und damit auch den „Geburtsakt“ des Mannes einer Korrektur unterziehen, insofern ein solcher mit Kindesfolge nicht als juristisch zu vertretender Geburts-

betrachtet werden kann. Eine Ausnahme erleidet diese Betrachtung bei Massenvermehrung. Läßt sich eine deutsche Frau freiwillig mit Negeren, Gelben, Nindigen, Juden ein - so steht ihr in keinem Falle gesetzlicher Schuß zu.“

Die Frauen, die der NSDAP. wählen, werden doch kaum mit dieser Wiedereinführung germanischer Heilweiberei, die durch das Christentum aufgehoben wurde, einverstanden sein?

Früh von Urnuch kommt in einer Kritikserie der „Frankfurter Zeitung“ zu folgender Formulierung nationalsozialistischer Frauenauffassung:

„Ein Minimum an Intellekt und ein Höchstmaß an physischer Eignung macht die Frau erst zu dem, was sie werden soll: Fruchtstöß des Dritten Reiches. Sie hat die hehre Mission, die Entzuchtung zu hemmen. Sie dient zweien der Pflicht zur Aufzucht der Deutschen.“

Nach Hitler wird die Frau, die dem Staat gegenüber ihre biologische Pflicht erfüllt hat, zum Lohn Staatsbürgerin - allerdings ohne Rechte -, während sie als minderwertige kinderlose Frau nur Staatsangehörige wie die Rassenfremden, unheilbar Kranken usw. sein kann.

Wie Herr Hitler sich der ledigen - wenn auch nicht kinderlosen! - Frauen (wir haben zurzeit namentlich im heiratungslosen Alter einen Frauenüberschuß von rund zwei Millionen) annehmen will, ist eines der vielen Geschlechtsgeheimnisse, die nach einem Wort von Strachter „erst durch die Zentralfrauen eines neuen Staatsystems aufgehellt werden sollen“. Denn der nationalsozialistische Abgeordnete Buch beschränkt die Frauen auf die Beruf der Lehrerin für Mädchen und Knaben im artfassen Kindersalzer, der Krankenschwester, der Metzgerin für Kinder- und Frauenleiden und der Helferin in der Landwirtschaft. Alle anderen Berufe sollen den Männern vorbehalten bleiben.

Wenn die Frauen und Mädchen, insbesondere jene, die noch christlich sein wollen, etwas mehr über diese Dinge nachdenken würden, so würde ganz zweifellos ihre Befestigung für Hitler und seine Trabanten merktlich schwächen. Der Nationalsozialismus, wie er in der Hitlerbewegung verkörpert ist, enthält vieles, das mit dem Wesen der Frau und ihrer Weltanschauung absolut unvereinbar ist.



